

Wang dieses deutschen Verkehrsunternehmens aus den gesamten übrigen Wirtschaftskreisen Deutschlands und damit lediglich eine rechnungsmäßige Verschönerung der deutschen Ertragskraft auf diesen Verkehrsreis bedeuten, wogegen die Ertragskraft im Endergebnis wiederum von der gesamten deutschen Volkswirtschaft ausgedrückt werden müßte. Das will Frankreich allerdings: Deutschland soll eben auf jeden Fall niedergehalten werden.

Zu wiederholten Malen ist von den berufenen deutschen Stellen sowie in den Gutachten internationaler Sachverständiger nachgewiesen worden, daß den verhältnismäßig geringen öffentlichen Schulden in Deutschland eine noch viel größere Verarmung infolge der Kriegslasten und der Inflation gegenübersteht. Die öffentlichen Schulden in Deutschland sind ja nur deshalb verhältnismäßig gering, weil sie durch die Inflation annulliert wurden und auch später kein Geld vorhanden war, sie wieder aufzuwerten. Wenn Frankreich Deutschland als so beneidenswert ansieht, weil es wenig öffentliche Schulden hat, dann kann es ja den gleichen Weg gehen: es könnte, mit oder ohne Inflation, seine inneren Schulden streichen. Das wird es natürlich nicht tun, weil es eben den jetzigen Zustand — hohe innere Schuld, aber eine wachsende Bevölkerung — mit Recht als günstiger ansieht.

In der Lüge unerreichbar

Ungewöhnliche französische Behauptungen über die Wiederaufbaukosten und die Reparationszahlungen

Berlin, 27. Januar. In einem Teil der französischen Morgenpresse werden in Berichten über die Beratungen des Finanz Ausschusses der Kammer und die Ausführungen des Finanzministers Glavin Zahlen über die deutschen Reparationsleistungen und die französischen Wiederaufbaukosten genannt, die nach Auffassung hiesiger politischer Kreise auf völlig unbegründeten Berechnungen beruhen. Wenn die deutschen Gesamtleistungen einschließlich der Barleistungen, Sachleistungen und Abtretungen auf etwa 21 Milliarden RM berechnet werden, so denken sich diese Berechnungen mit denen der Reparationskommission. Sie sind aber niemals von Deutschland anerkannt worden. Im übrigen ist auch völlig unbekannt, wie diese Summe zu verzielen ist. Ebenso unmaßstäblich sind die Berechnungen über die französischen Wiederaufbaukosten, bei denen durch alle möglichen Kunstgriffe, Einsetzung eines Aufwertungs faktors und unklare Zins- und Zinseszinsberechnung mit einem Ertrag 250 Milliarden Franc, das wären etwa 40 Milliarden RM, erreicht werden. Dem entgegen stehen die Berechnungen im französischen Haushalt, der die Wiederaufbaukosten auf 80 Milliarden Franc beziffert. Frankreich wird die Welt nicht glauben machen können, daß seine Schulden tatsächlich eine so ungeheure Summe betragen könnten. Objektive französische diese Schätzungen beziffern auf 80 Millionen RM, und nach Berechnungen des englischen Nationalökonom Komtes belaufen sie sich auf etwa 10 Milliarden RM.

Rücktritt der österreichischen Regierung

Wien, 27. Jan. Das Kabinett Buresch ist zurückgetreten. Bundespräsident Miklas hat Buresch mit der Neubildung der Regierung beauftragt.

Wien, 27. Jan. Der Ministerrat beschloß heute nach einem Bericht des Bundeskanzlers die Gesamtdemission der Bundesregierung, die vom Bundeskanzler sogleich dem Bundespräsidenten unterbreitet wurde. Der Bundespräsident nahm die Demission der Gesamtregierung an.

In Berücksichtigung der innen- und außenpolitischen Lage Österreichs, die zwischen dem Bundespräsidenten und dem Bundeskanzler eingehend erörtert wurde, hat sodann der Bundespräsident Dr. Buresch ersucht, die Wiederbetrauung mit dem Amte des Bundeskanzlers zu übernehmen und ihm so bald wie möglich seine Vorschläge über die Bildung der neuen Regierung zu übermitteln. Buresch hat sich bereit erklärt, diese Aufgabe zu übernehmen.

Wien, 27. Jan. Bundeskanzler Buresch kündigte für 5 1/2 Uhr Besprechungen mit den Parteiführern im Parlament an über die Neubildung der Regierung. Ueber die Gründe des Rücktritts Buresch verlautet in parlamentarischen Kreisen, er habe gefürchtet, daß er unter den gegenwärtigen Verhältnissen besonders angesichts der Haltung der Christlich-Sozialen in Tirol und Kärnten bei seiner Partei nicht mehr die notwendige Unterstützung finden würde. Ferner soll ein gewisses Mißverhältnis zwischen der Vertretung der Großdeutschen in der Regierung und der Haltung ihrer Fraktionsgenossen im Nationalrat mitgesprochen haben.

Radikale Sparmaßnahmen in Bayern

München, 27. Januar. Im Verfassungsausschuß des bayerischen Landtages wurde heute mit 14 gegen 13 Stimmen ein deutschnationaler Antrag angenommen, nach dem anstelle der bisherigen sieben Kreisregierungen im rechtsrheinischen Bayern nur noch zwei Kreisregierungen belassen werden sollen, je eine nördlich und südlich der Donau.

Selbsthilfebeschlässe der Algdauer Bauernschaft

Rempten, 27. Jan. Der Algdauer Bauernverband hat in einer Hauptversammlung Richtlinien zur Selbsthilfe der Algdauer Bauernschaft gutgeheißen, die empfehlen, anfallendes Bargeld in erster Linie zur Erhaltung und Sicherung des landwirtschaftlichen Betriebes und erst dann zur Vortragung öffentlicher Lasten zu verwenden. Sollte das Bargeld dafür nicht ausreichen, so wird geraten, den öffentlichen Körperschaften Naturalien zu entsprechenden Preisen zur Verfügung zu stellen. Von der Regierung wird eine Steuerbefreiung der Landwirtschaft ab 1. Februar verlangt, um durch all das einen zu befürchtenden katastrophalen Nahrungsmittelmangel zu vermeiden.

Körperverletzung und Heilbehandlung

Berlin, 27. Januar. Der Strafrechtsausschuß des Reichstages beriet heute die Bestimmungen über Körperverletzung, Deutschnationale, Nationalsozialisten und Wirtschaftspartei beteiligten sich nicht an den Beratungen. § 266 über die einfache Körperverletzung wurde unversändert nach der Vorlage angenommen.

Bombenwurf gegen das japanische Konsulat in Shanghai

Die Japaner landen Truppen in Shanghai

Shanghai, 28. Jan. Gegen das hiesige japanische Konsulat wurde heute früh eine Bombe geworfen. Glücklicherweise wurde niemand verletzt und nur ganz geringer Materialschaden angerichtet. Aber die bei dem Einwohnern herrschende Nervosität ist durch den Vorfall noch gesteigert worden. Wie verlautet, hat der Gemeinderat der internationalen Nieberlassung beschlossen, den Gefährdungsstand zu erklären.

Der japanische Kreuzer „Yubari“ und zwölf japanische Zerstörer trafen bei Tagesanbruch hier ein und landeten 500 Seefoldaten. Es wird geglaubt, daß heute nachmittags weitere 500 Seefoldaten gelandet werden sollen, wodurch die japanischen Marinekräfte eine Stärke von ungefähr 3000 Mann erhalten würden, verglichen mit 2070 britischen und 1200 amerikanischen Seefoldaten und 1000 französischen Kolonialsoldaten.

Neue Kämpfe an der chinesischen Ostbahn

Tokio, 27. Jan. Die japanische Nachrichtenagentur Renko meldet aus Chharbin: Nachdem die Versuche, eine friedliche Regelung herbeizuführen, fehlschlagen sind, sind in Chharbin die Feindseligkeiten zwischen der chinesischen Schutztruppe der chinesischen Ostbahn unter General Ling-tschao und den unter Führung des Gouverneurs der Provinz Kirin, Generals Hsüsi, stehenden Truppen heute wieder ausgebrochen.

Japanisches Ultimatum an den Bürgermeister von Shanghai

Shanghai, 27. Jan. Der japanische Konsul hat heute abend dem chinesischen Bürgermeister ein Ultimatum

überreicht, das eine Beantwortung der japanischen Forderungen vom 18. Januar bis spätestens Donnerstag verlangt. Hier glaubt man, daß die Japaner nur durch die bedingungslose Annahme ihrer Forderungen zufrieden zu stellen sein werden. — Die Behörden der Shanghai-Chinesenstadt haben beschlossen, das japanische Ultimatum anzunehmen. Sofort nach seinem Empfang haben sie dem Sicherheitsrat Beschlüsse, die antijapanischen Gesellschaften der Stadt aufzuheben.

Er ließ Gefängnisstrafe für drei Jahre und Geldstrafe vor und bestimmt, daß das Gericht in besonders schweren Fällen von Strafe ganz absehen kann.

Unverändert angenommen wurde ferner die §§ 260—262, die die schwere, gefährlich und absichtliche schwere Körperverletzung behandeln. Schwere Körperverletzung wird mit Zuchthaus bis zu 5 Jahren, bei Todeserfolg bis zu 10 Jahren, gefährliche mit Gefängnis und absichtliche schwere Körperverletzung mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren bei Todeserfolg ohne zeitliche Begrenzung bedroht.

Eine längere Aussprache entspann sich über den § 263, der die Heilbehandlung im Rahmen des Abschnittes „Körperverletzung“ zum Inhalt hat. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Formulierung des Paragraphen sich gegen die unverantwortliche Experimentiererei am Menschen richten müsse.

Schließlich wurde der Paragraph nach einem Antrage des Abg. Dr. Moses (Soz.) in folgender Fassung angenommen:

„Eingriffe und Behandlungen, die lediglich zu Heilzwecken oder zur Verhütung von Krankheiten und Gebrechen erfolgen, und der Übung eines gewissenhaften Amtes entsprechen, sind keine Körperverletzungen im Sinne des Gesetzes“.

Zusammenkunft MacDonald—Laval

London, 27. Januar. Premierminister MacDonald ist heute Mittag nach Edinburgh abgefahren, wo er ein neues Gebäude der Unterstadt einweihen wird. Am Freitag wird er seinen Wahlkreis in Nordengland besuchen, wo er Sonnabend überbleibt. Mit einer Zusammenkunft zwischen Laval und MacDonald ist es also diese Woche nichts, und da in der nächsten Woche das Parlament mit dem sehr wichtigen neuen Zollprogramm der Regierung beginnt, ist auf eine Zusammenkunft mit dem französischen Premierminister auch in den nächsten acht Tagen nicht zu rechnen. Uebernächste Woche will MacDonald zur Krönungsfeier nach Genf fahren.

Offener Brief Hitlers an Brüning

München, 28. Januar. Der „Völkische Beobachter“ veröffentlicht in seiner heutigen Ausgabe einen offenen Brief Adolf Hitlers an den Reichkanzler Dr. Brüning, in dem sich der Führer der NSDAP. mit der Ermordung des Reichstags durch die (Hitlers) Denkschrift über die Frage der Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten von Hindenburg beschäftigt. Hitler widerspricht darin in einigen Punkten der Darstellung des Reichstages über die Verhandlungen in dieser Frage und behauptet, daß der Reichstag die Amtsdauer des Reichspräsidenten auf sieben Jahre, also auf die volle, gesetzlich vorgeschriebene Amtsperiode hätte verlängern sollen. Darin lehnt er inhaltlich wie teilweise eine Ausherrschung und damit eine Aufhebung der die Reichspräsidentenwahl betreffenden Bestimmungen der Weimarer Verfassung. Das Volkrecht der persönlichen und unmittelbaren Wahl des Reichspräsidenten, führte Hitler aus, könne seiner Auffassung nach nicht durch irgendeine qualifizierte Reichstagsmehrheit ersetzt werden. Der Grundgedanke der Weimarer Verfassung sei gewesen, dem Reichstage den vom Volke gewählten Reichspräsidenten gegenüberzustellen. Es sei klar, so meint der Führer der Nationalsozialisten, wenn eine Reichstagsmehrheit das Recht besitzen sollte, die Amtsdauer des Reichspräsidenten zu verlängern, dann müßte genau so gut eine andere Reichstagsmehrheit das Recht haben, sie abzufügen. Die unausbleibliche Folge einer derartigen parlamentarischen Amtszeitverlängerung würde eine in ihren Auswirkungen unabsehbare Herabminderung des Ansehens und des Einflusses des Reichspräsidenten sein. Nachdem Hitler nochmals die Beseitigung des heutigen Systems als die gegenwärtig nationalpolitisch wichtigste Handlung bezeichnet und den Parteien des Parlamentes, der Sozialdemokratie und der Deutschen die Verantwortung für den Verfall der Weimarer Verfassung zuschieben zu müssen glaubt, schließt er seinen offenen Brief mit dem Vorbehalt des Rechtes der Kritik an der gegenwärtigen Regierung.

Fernmeldeanlage bei Angehörigen der R. S. D. P. beschlagnahmt

Magdeburg, 28. Jan. Der nationalsozialistische Sturmführer Wechsener Jomax in Magdeburg wurde in

überreicht, das eine Beantwortung der japanischen Forderungen vom 18. Januar bis spätestens Donnerstag verlangt. Hier glaubt man, daß die Japaner nur durch die bedingungslose Annahme ihrer Forderungen zufrieden zu stellen sein werden. — Die Behörden der Shanghai-Chinesenstadt haben beschlossen, das japanische Ultimatum anzunehmen. Sofort nach seinem Empfang haben sie dem Sicherheitsrat Beschlüsse, die antijapanischen Gesellschaften der Stadt aufzuheben.

Die Lage in Chharbin

Tokio, 27. Jan. Nachrichten aus Chharbin besagen, daß die Truppen des Gouverneurs der Provinz Kirin den Rückzug beginnend haben und von den Streitkräften des Generalis Ling-tschingchao verfolgt werden.

Der japanisch-chinesische Konflikt vor dem Rat

Genf, 27. Januar. Der chinesisch-japanische Konflikt ist seit gestern Gegenstand nahezu ununterbrochener geheimer Besprechungen. Es scheint beabsichtigt zu sein, daß in einer der nächsten öffentlichen Sitzungen des Völkerbundesrates eine Erklärung abgegeben wird, in der nochmals zum Ausdruck gebracht wird, daß Japan an der Politik der offenen Tür festhält, daß es gemäß dem Washingtoner Neun-Mächte-Vertrag in keiner Weise die territoriale Souveränität Chinas verletzen und insbesondere keine Eroberungsabsichten hat. Mit der Formulierung einer solchen Erklärung beschäftigt sich gegenwärtig ein Redaktionsausschuß.

seiner Wohnung mit dem ebenfalls der NSDAP. angehörenden Elektriker Weinhausen aus Neuhaldensleben beim Ausprobieren verbotener Fernmeldeanlagen betroffen. Jomax hatte in der verangeneigten Nacht die Apparate von Weinhausen mit einem Kraftwagen abgeholt. Die Geräte, die eine vollständige Empfangs- und Sendeanlage darstellten, wurden polizeilich sichergestellt. Wegen der Beteiligten ist ein Verfahren wegen Verstoßes gegen das Gesetz über Fernmeldeanlagen eingeleitet worden.

„Deutsche Not — deutsche Hoffnung“

Berlin, 27. Januar. Der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Leiharbeiter sprach heute abend auf der Deutschen Welle über: „Deutsche Not — deutsche Hoffnung“. Das Friedensdiktat der Staatsmänner in Versailles ist, führte der Redner aus, ein Triumph menschlicher Unzulänglichkeit geworden. Der Krieg und der Vertrag, in dem sein Geist fortwirkt, hat eine schlechende weltpolitische und weltwirtschaftliche Krise zur Folge gehabt, deren offener Ausbruch wir in den letzten Jahren schauernd erlebt haben. Die deutsche Not hat ihre letzte Ursache in diesen Tatsachen, nicht in dem „heutigen System“. Der Krieg und der Versailles Vertrag haben der deutschen Wirtschaft starke Kräfte entzogen. Sie haben gleichzeitig die außenpolitische Bewegungsfreiheit gelähmt. Die historische Legende bietet den billigen Trost, in den Weimarer Parteien, vor allem der Sozialdemokratie, und daneben auch in den Gewerkschaften die Schuldigen an allem Elend zu sehen. Die Reichsregierung verweist mit Recht darauf, daß ihre ganze Arbeit „von dem Primat der Außenpolitik beherrscht wird“. Weder die Sozialdemokratie noch die Gewerkschaften haben der Reichsregierung auf dem Weg ihrer Deflationspolitik bis zu den rigorosen Maßnahmen der vierten Notverordnung folgen können. Aber es ist zuzugeden, daß dieser Marsch durch die Wüste bis zu einer bestimmten Grenze mit gewichtigen außenpolitischen Argumenten begründet werden kann. Es müßte wohl der Nachweis erst in eindeutiger Form erbracht werden, daß wir die dem deutschen Volk auferlegten Reparationslasten aus eigener Kraft niemals aufbringen können. Und dieser Beweis ist erbracht worden. Keine Schicht des Volkes trifft die Wirtschaftskrisis in ihrer zermalmenden Härte mit solcher Wucht wie die Arbeiterklasse. Es ist ein Zeichen hoher politischer Reife der deutschen Arbeiterklasse, daß sie trotz der furchtbaren Entbehrungen, denen sie preisgegeben ist, die Flucht aus der bitteren Wirklichkeit in irgendeine geschichtliche Legende nicht mitgemacht hat, daß sie sich von den Fanfarentönen der radikalen Parteien rechts und links nicht hat verleiten lassen. Es wird sich zeigen, daß die deutsche Arbeiterbewegung sich ihrer Verantwortung vor der Geschichte bewußt ist. Keine deutsche Regierung kann unter den heutigen Verhältnissen auf die Dauer Bestand haben, wenn sie nicht zugleich die Ziele und Methoden verlangen, deren Lösung zugleich entscheidend ist für die Überwindung der innenpolitischen deutschen Krise. Diese Aufgabe ist die Arbeiterbeschaffung. Ich weiß, sie ist nicht leicht zu lösen. Aber sie muß gelöst werden, und es darf damit nicht länger gezögert werden, selbst wenn sie ungewöhnliche Maßnahmen erfordert.

G. Karl Bahusen bleibt in Haft

Bremen, 27. Januar. Die Justizpressestelle teilt mit: In der Voruntersuchung wird die Gebrüder Bahusen hat die Strafkammer Bremen entsprechend dem Antrag der Staatsanwaltschaft beschlossen, den